

Stellungnahme

Verfahren „KOMBI“ – Festlegung der Kosten für marktbasierte Instrumente sowie Kapazitätsrückkäufe im bundesweiten Marktgebiet

Az.: BK9-19/606

Berlin, 31. Januar 2020

Vorbemerkung

Der BDEW nimmt im Folgenden gerne die Möglichkeit zur Stellungnahme zu dem von der Beschlusskammer 9 am 20.12.2019 zur Konsultation gestellten Entwurf der Festlegung der Kosten für marktbasierte Instrumente sowie für Kapazitätsrückkäufe im bundesweiten Marktgebiet als volatile Kostenanteile i.S.d. § 11 Abs. 5 ARegV (BK9-19/606 - KOMBI) wahr.

Der BDEW begrüßt, dass die Beschlusskammer 9 plant, das KOMBI-Verfahren parallel zum seitens der Beschlusskammer 7 geführten KAP+-Verfahrens bis zum Ende des ersten Quartals 2020 abzuschließen. Der parallele Abschluss beider Verfahren gegen Ende des ersten Quartals 2020 ist aus Sicht des BDEW eine notwendige Voraussetzung, um den Fernleitungsbetreibern (FNB) eine ausreichend sichere Basis zu bieten, um Anfang Juni 2020 zusätzliche Kapazitäten nach KAP+ für die Jahresauktion im Juli 2020 veröffentlichen und anbieten zu können.

Der BDEW bittet darum, folgende weitere Anmerkungen zu berücksichtigen.

Anmerkungen

1. Einstufung als volatile Kosten

Der BDEW hält die Klassifizierung der Kosten der marktbasierten Instrumente (MBI) und Kapazitätsrückkäufe als volatile Kosten gemäß § 11 Abs. 5 S. 2 ARegV für nicht sachgerecht. Die Kosten können zwar starken jährlichen Schwankungen unterliegen, dies schließt jedoch nicht aus, dass sie als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten einzustufen sind.

Der BDEW teilt diesbezüglich die seitens der FNB im KAP+-Verfahren vorgetragenen Argumente. Auch aus Sicht des BDEW erfüllen die Kosten der MBI und Kapazitätsrückkäufe die Voraussetzungen von dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten, da sie für den einzelnen FNB exogen gegeben und nicht individuell steuer- bzw. beeinflussbar sind. Insbesondere ist dabei zu berücksichtigen, dass die Engpässe, die durch den MBI-Einsatz aufgelöst werden sollen, stets mehrere FNB betreffen. Es gibt regelmäßig mehrere Möglichkeiten zur Engpassbeseitigung, die dann jeweils unterschiedliche FNB-Netze betreffen. Der Einkauf der MBI erfolgt dabei preisoptimiert durch den Marktgebietsverantwortlichen. Die Kosten sind daher einzelnen FNB nicht sachgerecht zuordenbar. Der von der Behörde im bisherigen Austausch auch im Rahmen des KAP+-Verfahrens geäußerten Sorge fehlender Effizienzanreize im Falle dauerhaft nicht beeinflussbarer Kosten könnte z.B. durch eine Verfahrensregulierung des Beschaffungs- bzw. Auswahlprozesses begegnet werden. Wie im FNB-Konzept vorgesehen, wird zudem im Falle eines MBI-Einsatzes das jeweilig kostengünstigste Instrument zuerst ausgewählt und zum Einsatz gebracht.

2. Grundgedanke des Überbuchungs- und Rückkaufsystems „keine zusätzlichen Chancen – keine zusätzlichen Risiken“ muss Berücksichtigung finden

Die im Festlegungsentwurf KOMBI vorgesehene Einstufung der Kosten der MBI sowie der Kapazitätsrückkäufe als volatile Kosten steht im Widerspruch zu dem Grundgedanken des Überbuchungs- und Rückkaufsystems des Anhangs I der Verordnung (EG) 715/2009. Die FNB würden einseitig mit Risiken belastet, ohne dass diesen zusätzliche Chancen entgegenstehen würden. Aus Sicht des BDEW ist es sachgerecht, dass alle Erlöse den Netznutzern zugutekommen. Dann muss jedoch eine spiegelbildliche Allokation der Kosten und Risiken auch zu 100% bei den Netznutzern erfolgen.

Vor diesem Hintergrund hat der BDEW bereits in seiner Stellungnahme zur zweiten Konsultation im KAP+-Verfahren darauf hingewiesen, dass das Einfließen der MBI-Kosten in den Effizienzvergleich ausgeschlossen werden muss, da ansonsten kein Anreiz für die FNB besteht, überhaupt zusätzliche Kapazität anzubieten.

3. Kein Präjudiz für die Klassifizierung der Kosten für den Zeitraum nach Abschluss der Testphase

Der BDEW hat die bisherigen Diskussionen so verstanden, dass die im KAP+-Verfahren vorgesehene Testphase dazu dienen soll, Erfahrungen mit dem Überbuchungs- und Rückkaufsystem zu sammeln sowohl im Hinblick auf kapazitative wie auch kostenseitige Aspekte. Eine Vorfestlegung zur Einstufung der Kosten für MBI und Kapazitätsrückkäufe für die Zeit nach Abschluss der Testphase sollte daher nicht erfolgen. Da die Frage der Einstufung der Kosten als volatile Kosten oder dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten bis zum Basisjahr 2025 keinen Einfluss auf den Effizienzvergleich hat, muss sie heute auch noch nicht abschließend geklärt werden.

Vor diesem Hintergrund hält der BDEW es für notwendig und sachgerecht, die KOMBI-Festlegung klar und unabhängig von KAP+ bis 2024 zu befristen, um auszuschließen, dass sie am Ende wegen einer längeren Laufzeit von KAP+ doch ins Basisjahr 2025 wirkt. Zudem sollte ein entsprechender Hinweis ergänzt werden, dass die Frage der Einstufung als volatile oder dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten aktuell nicht final entschieden werden muss. Sollte der Weg über volatile Kosten gewählt werden, dann muss dies ohne Präjudiz für die Zeit nach der Testphase erfolgen. Die Beschlusskammer sollte sich dann rechtzeitig vor dem Basisjahr der fünften Regulierungsperiode – also 2025 – dieser Frage annehmen und unter den dann vorliegenden Erfahrungen mit den MBI und Kapazitätsrückkäufen regeln. Die Entscheidung muss vor der Jahresauktion in 2024 erfolgen, da die Vermarktung dann in das Basisjahr 2025 hineinragt.

